

Handelsblatt

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Chefredakteur: Bernd Ziesemer
Stv. Chefredakteure:
Hermann-Josef Knipper, Peter Brors
Verantw. Redakteur Meinung & Analyse: Thomas Hanke
Leserbriefe: Redaktion Handelsblatt, Postfach 102741, 40018 Düsseldorf
E-Mail: hb.leserbriefe@vhb.de

Schweigend genießen

Die Union freut sich still über Ulla Schmidts Begründungsnöte in der Dienstwagen-Affäre

DANIEL GOFFART | BERLIN

Der Kenner schweigt und genießt. Wer gedacht hat, die Union würde die Aufregung über Ulla Schmidts Dienstwagen nutzen, um beherzt in die allgemeine Klage der Empörung einzustimmen, der sieht sich getäuscht. Von Rücktrittsforderungen aus der zweiten Reihe abgesehen, verhalten sich CDU und CSU ruhig. Bestenfalls Spott haben sie für die Ministerin übrig. Die Erfahrungen im Lager der Union wissen, dass sie dieses lodern Feuer nicht noch weiter anfachen müssen.

Für die FDP als Oppositionspartei sieht die Sache anders aus. Die Liberalen lassen sich die Chance zum Wahlkampfauftritt nicht entgehen. Die merkwürdigen Umstände der ministeriellen Dienstwagenutzung werden nun haarklein im Haushaltsausschuss untersucht.

Merkwürdigkeiten gibt es jedenfalls genug: Warum eine Ministerin ihren Wagen samt Chauffeur durch halb Europa fahren lässt, um am Urlaubsort den Bürgermeister zu besuchen und einen kurzen Vortrag zu halten, ist mit der Notwendigkeit von Dienstgeschäften kaum zu erklären. Das Ganze riecht eher danach, dass die Bestellung des Autos durch of-

fiziell scheinende Termine gerechtfertigt werden sollte.

Ob sich der Vorgang durch eine nachträgliche Versteuerung des geldwerten Vorteils noch mit der Richtlinie zur Dienstwagenutzung in Übereinstimmung bringen lässt, ist eigentlich egal. Ulla Schmidt hat sich angreifbar gemacht, weil ihr politischer Instinkt versagte. Warum schritten ihre inneren Alarmglocken nicht, als sie das Ministerauto nach Spanien in den Urlaub beorderte? Die einfache Frage „Ist das wirklich nötig?“ hätte sie eigentlich vor diesem Fehler bewahren müssen. Oder ist sie doch schon so abgehoben, dass sie einfache Überlegungen nicht mehr anstellt?

Noch bekundet die SPD-Spitze offiziell ihre Unterstützung für Ulla Schmidt. Doch die Schwüre erinnern sehr an die Bekenntnisse angeschlagener Bundesligavereine zu ihren Trainern. Frank-Walter Steinmeier hat die Wahl: Entweder er bringt Schmidt dazu, auf eine Rolle im Kompetenzteam zu verzichten, oder er hat das Dienstwagen Thema für den Rest des Wahlkampfs an der Hacke. Leisten kann er sich diese Art der Solidarität eigentlich nicht. Die Union weiß das – und schaut mit stiller Häme zu.

goffart@handelsblatt.com

HRE und kein Ende

Die Opposition tut sich schwer, der Regierung ein Versagen nachzuweisen

FRANK M. DROST | BERLIN

Der Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Hypo Real Estate weiß die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. In dieser Woche werden neben Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann auch Commerzbank-Boss Martin Blessing, der Präsident der Bundesbank, Axel Weber, und der Chef der Finanzaufsicht, Jochen Sanio, vernommen. Drei Wochen später folgt der politische Höhepunkt mit der Vernehmung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und dem Staatssekretär Jörg Asmussen. Ein Schelm, wer angesichts des Zeitplans Böses denkt. Es ist das gute Recht der Opposition, die Regierung kurz vor der Wahl unter Druck zu setzen. Doch bisher tut sie das nur mit mäßigem Erfolg.

Auf jeden Fall ist es aus Sicht des Steuerzahlers absolut nötig, die Rettungsaktionen für die HRE im vergangenen Jahr durch den Untersuchungsausschuss noch einmal Revue passieren zu lassen und zu hinterfragen. Bislang summieren sich die Hilfen schließlich auf 102 Milliarden Euro, wobei die privaten Institute einen eher unbedeutenden Anteil getragen haben, der zudem noch gut abgesichert ist. Hier gilt es, einige Ungereimtheiten zu klären.

Zu einem Glaubenskrieg scheint indes die Frage zu werden, ob die Hypo Real Estate auch ohne die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15.9.2008 in existenzielle Nöte gekommen wäre. Diese These vertreten die Grünen, Linken und die FDP. Sie werfen der Aufsicht und damit der Politik Versagen vor: Sie hätten bereits früher eingreifen müssen.

Klar ist, dass die Immobilienbank selbst nicht in der Lage war, die Risiken ihrer irischen Tochter, des Staatsfinanzierers Depfa, einzuschätzen. Klar war auch, dass die Refinanzierung langfristiger Staatsschulden über kurzfristige Kredite nur bei liquiden Märkten funktioniert.

Keiner konnte die Pleite von Lehman voraussehen, die für ein Austrocknen der weltweiten Liquidität sorgte: Dieser Ansicht sind SPD, die bisher vernommenen Bankenaufsichter und das Bundesfinanzministerium. Es fügt sich, dass auch der frühere Finanzstaatssekretär Thomas Mirow gestern aussagte, die existenzbedrohende Lage der HRE sei Anfang 2008 noch nicht absehbar gewesen.

Die Grünen sprechen dagegen vom „Mythos Lehman Brothers“. Aber im Nachhinein ist man ja meistens schlauer.

drost@handelsblatt.com

SCHON KOMISCH

Der Zauberlehrling

Man kann sich richtig vorstellen, wie eine ganze Stabsabteilung bei der Deutschen Bank an diesen fünf Zeilen gefeilt hat. Denn das wahre Dilemma offenbart sich zwischen den Zeilen. Hatte das Kreditinstitut noch vor einer Woche eingeräumt, dass Aufsichtsratschef Clemens Börsig zumindest einen Fall der Spitzelaffäre in der Bank „ausgelöst“ hatte, heißt es nun in einer Mitteilung, der Aufsichtsrat habe „die zweifelhaften Methoden nicht legitimiert“. Ausgelöst ja, legitimiert nein? Da fühlt man sich fast an Goethes Zauberlehrling erinnert. „Herr, die Not ist groß!“ jammert er in dem berühmten Gedicht. „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los.“

Zum Glück gab es offenbar nicht nur bei Goethe, sondern auch bei der Deutschen Bank einen wahren Hexenmeister, der die wildgewordenen Besen rechtzeitig wieder einfiel und den Zauberlehrling auf seinen Platz verwies. Und damit auch für die Zukunft sichergestellt ist, dass bei der Deutschen Bank nur einer zaubert, wurde der Vertrag von Vorstandschef Josef Ackermann gestern um weitere drei Jahre verlängert.

kolf@handelsblatt.com

STAATSBETEILIGUNGEN

Einmal zahlen, immer zahlen

Das Hamburger Modell zeigt die Probleme öffentlicher Rettungsaktionen

D. FOCKENBROCK | DÜSSELDORF

Selbst Landratten werden es nicht bestreiten können: Eine Reederei wie Hapag-Lloyd gehört zu Hamburg wie Bayer zu Leverkusen. Stolz residiert das traditionsreiche Unternehmen an der Binnenalster. Die Geschäfte sind global, doch internationale Investoren hätten vermutlich zu wenig Sensibilität an den Tag gelegt – und den Hapag-Firmensitz kurzerhand nach Singapur oder sonst wohin verlegt. Genau das hat der Hamburger Senat zu verhindern gewünscht, als er gemeinsam mit anderen Geldgebern einige Hundert Millionen Euro auf den Tisch legte, um dem angeschlagenen Reisekonzern Tui die Hapag-Lloyd-Mehrheit abzukufen. Aber ist das wirklich eine gute Idee? Wohl kaum.

Das Hamburger Modell, sich per Staatsbeteiligung auf Zeit wichtige Unternehmen zu sichern, scheint auf den ersten Blick zu funktionieren. Schon vor sechs Jahren hielten die Hansestädter mit dieser Methode einen anderen Traditionskonzern ihrer Heimatstadt fest. Damals wollte der amerikanische Konsumgüterrieser Procter & Gamble den Nivea-Hersteller Beiersdorf übernehmen. Und erst vor einem Jahr blockten die Hanseaten eine österreichischen Investor ab, der ihnen ihre geliebte Kupferhütte, die Norddeutsche Affinerie, wegkaufen wollte.

Beide Deals schmückten heute die Annalen der Stadt. Denn beide Operationen wurden sehr erfolgreich abgeschlossen. Die Firmenzentralen

von Beiersdorf und Affinerie blieben in Hamburg. Mehr noch: Wie es sich für einen guten Hamburger Kaufmann gehört, machte die Hansestadt sogar Gewinn. Einige Millionen Euro blieben nach dem Weiterverkauf der Anteile im Stadtsäckel.

So schön kann regionale Wirtschaftspolitik sein. Aus Sicht Hamburgs rechnet sich der Staatsanstieg gleich mehrfach. Schließlich darf man darauf hoffen, dass die „erretteten“ Konzerne weiterhin kräftig Gewerbesteuer zahlen und Arbeitsplätze aufbauen. Ob das tatsächlich so ist, prüft natürlich niemand nach. Zumal die Abwehr eines unerwünschten Investors an sich schon einen Wert darstellt – aus kleinteiliger regionaler Perspektive, versteht sich.

Doch diesmal könnten sich die Hamburger schwer vergriffen haben. Hapag-Lloyd droht eher ein finanzielles Desaster zu werden. Ausgerechnet das Unternehmen, das mit der Historie der Hafenstadt aufs Engste verbunden ist. Das Geld für die rund 20 Prozent des Landes Hamburg an Hapag ist erst zum Teil überwiesen, schon zeichnen sich Nachforderungen ab. Die Reederei ist in heftiges Unwetter geraten – beschleunigt durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Welthandel stockt, die Schiffe sind nicht mehr ausgelastet. Hapag-Lloyd braucht ganz kurzfristig mehrere Hundert Millionen Euro Cash.

Hamburg als Großaktionär muss zahlen. Sonst geht das gesamte Investment die Elbe hinunter. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Hamburg bei Hapag-Lloyd genauso wie bei Beiersdorf oder der Affinerie nur Kurzzeit-Aktionär spielen will.

Der Fall Hapag zeigt den Hanseaten ihre Grenzen auf. Schönwetterkapitäne, das müssten Hamburger Senatoren eigentlich besser wissen als ihre Kollegen aus dem Binnenland, gibt es reichlich. Beiersdorf und Affinerie sonnten sich noch in guter Konjunktur. Sturmerprob sind dagegen nur wenige Kapitäne. Und Hapag-Lloyd befindet sich gerade in stürmischer See. Gerade weil es der Stadt aber nicht darum geht, nach dem Muster von Finanzinvestoren bei bester Gelegenheit ein- oder auszustiegen, gerade deshalb ist Hamburg jetzt auf Gedeih und Verderb im Boot.

Andere Bundesländer haben vergleichbare Erfahrungen machen müssen. Allerdings haben Bayern oder Nordrhein-Westfalen meist erst dann bei Unternehmen eingegriffen, wenn ohnehin nur noch wenig zu retten war. Der Maschinenbauer Babcock Borsig und der Flugzeughersteller Fairchild Dornier sind Beispiele dafür. Hamburgs Sonderweg der direkten Staatsbeteiligung hat dagegen Seltenheitswert. Besser gesagt, er hatte Seltenheitswert.

Denn im Sturm der Finanzmarktkrise fallen allerorten die Hemmun-

gen, mit Hilfe direkter Beteiligungen von Bund und Ländern Unternehmen aus prekärer Lage zu helfen. Als vor nicht allzu langer Zeit Anteile des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS zur Disposition standen, veranstalteten Bund und Länder noch einen Eiertanz, um die Aktien nicht selbst übernehmen zu müssen. Heute dürften dieselben Entscheidungsträger kaum noch darüber nachdenken.

Bei Opel war schon mit Beginn der Debatte über die Abkoppelung vom Mutterkonzern General Motors die Staatsvariante im Spiel. Am Ende haben sich Berlin, Düsseldorf und Wiesbaden zwar nur zu Krediten und Bürgschaften durchringen können. Faktisch läuft das alles aber auf eine indirekte Staatsbeteiligung hinaus. Ginge Opel jetzt in die Insolvenz, weil Sanierung und Verkauf nicht vorankommen, dann übernehme der Staat automatisch die Führungsrolle. Dreihundert Millionen sind ja schon investiert, weitere 1,2 Milliarden Euro avisiert. Die braucht man nur noch in Gesellschafteranteile umzuwandeln, im Treuhandausschuss sitzen die Vertreter des Bundes bereits.

Opel ist nicht der erste und wird nicht der letzte Fall sein. Und dem Staat als (finanziellem) Garant eines Überlebensplans wird es nicht anders ergehen als dem Hamburger Senat mit Hapag-Lloyd oder manchen Banken mit ihren Unternehmenskrediten: Notgedrungen – wenn auch ungewollt – werden staatliche wie private Geldgeber zu Miteigentümern. Mit allen Risiken.

fockenbrock@handelsblatt.com



Handelsblatt-Karikatur: Burkhard Mohr

DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR

Die reichen Länder tragen die Verantwortung

Wir dürfen die Schwellenregionen nicht die Krise ausbaden lassen, in die wir sie hineingestoßen haben

Die Finanzkrise bringt einen starken Anstieg von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Das gilt auch für die Entwicklungsländer – darüber sollte die Tatsache, dass einige Schwellenländer sich rascher erholen als die Industrienationen, nicht hinwegtäuschen. Wo schon vorher über die Hälfte der Menschen von weniger als dem Kaufkraftäquivalent von 2,50 Dollar pro Tag lebten, bedeutet die Krise noch mehr Hunger, Krankheit, Kindersterblichkeit. Die Anzahl der chronisch Unterernährten durchstößt erstmalig die Milliardengrenze.

Zwei Fragen drängen sich auf. Erstens: Wie kann man die Armen dieser Welt vor den Krisenauswirkungen schützen? Und zweitens: Wie sehr stehen die Industrienationen in der Pflicht, dies zu tun? Hier soll es allein um die zweite, also die moralische Frage gehen. Und die These lautet: Es gibt gute Gründe, die für eine sehr starke Verantwortung der reichen Länder sprechen.

Das wichtigste Argument lautet: Das globale Finanzsystem wurde

von Ökonomen und Politikern der Industriestaaten geschaffen, weitgehend ohne Mitwirkung der Entwicklungsländer. Zwar haben die verantwortlichen Konstrukteure unseres Finanzsystems die Krise nicht gewollt. Schlimmstenfalls waren sie fahrlässig, haben sich – besonders in den USA – zu sehr von den Banken und den Lobbys beeinflussen lassen. Direkte moralische Schuld für die Misere ist ihnen daher kaum zuzuschreiben. Das ändert aber nichts an der Verantwortung: Man kann die Armen nicht für eine Strukturkrise verantwortlich machen, zu der sie nichts beigetragen haben. Man kann ihnen daher auch nicht einen Teil der Krisenkosten aufbürden, zumal das für sie millionenfach Hunger und Tod bedeutet. Es geht also nicht um großzügige Hilfsleistungen, sondern vielmehr darum, diese Menschen vor lebensbedrohlichen Schäden zu schützen, die wir verursacht haben.

Aber wer in den reichen Ländern hat diese Verantwortung? Die meisten Bürger der Industriestaaten füh-

len sich selbst als Opfer. Sie haben Einkommen und wirtschaftliche Sicherheit verloren durch ein Versagen raffinierter Mechanismen, deren Details und Risiken sie weder verstehen noch direkt beeinflussen konnten. Sollen diese Bürger jetzt auch noch mit Steuergeldern dafür einstehen,



THOMAS POGGE

ist Professor für Philosophie und int. Beziehungen, Yale University.

dass die Ärmsten im Ausland nicht zu Schaden kommen?

Die Antwort lautet trotz aller Bedenken: Ja, die Steuerzahler der Industrienationen stehen in der Verantwortung. Denn man muss davon ausgehen, dass in wohlhabenden Demokratien den Bürgern die Letztverantwortung für das Handeln ihrer Staaten zufällt und damit auch für über-

staatliche Organisationen und Regeln, die diese Staaten aushandeln. Alle Macht geht vom Volke aus; und wir Bürger haben es in der Hand, wie unsere Macht zur Ausübung kommt. Letztlich sind wir so auch für die undurchsichtigen Delegationen und Aggregationen moderner Macht ausübung – zum Beispiel in der Welt-handelsorganisation – verantwortlich. Wir können uns nicht aus der Verantwortung stehlen: Das ist der moralische Preis, den wir für unsere demokratischen Rechte zahlen.

Aber tragen nicht arme Menschen in den Entwicklungsländern eine analoge Verantwortung für das Handeln ihrer Staaten und damit auch für die internationalen Strukturen? Bislang in der Regel nicht. Denn die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme auf ihre Regierungen sind für die meisten armen Menschen äußerst beschränkt. Und die meisten dieser Regierungen haben wiederum keinen wirklichen Einfluss auf die Gestaltung internationaler Regeln und auch keine Chancen, sich ihnen zu entziehen.

Wie man es dreht und wendet, es zeigt sich überdeutlich: Die Industrieländer sind moralisch dafür verantwortlich, die Armen in den Entwicklungsländern vor den Folgen der Krise zu schützen.

Die Krise zeigt in dramatischer Weise, wie die Regeln der mächtigen Staaten Leben und Tod der ärmeren Hälfte bestimmen. Und damit fügt sie sich leider in ein gewohntes Bild: Entgegen aller Rhetorik gab es nie den ernsthaften Versuch, mit einer „neuen“ Weltordnung die Armut zu beseitigen. Massive Agrarsubventionen nehmen Millionen der Ärmsten die Chance auf einen Job in der Landwirtschaft. Patentrechte unterbinden den Vertrieb billiger Generika in den Entwicklungsländern. Gewalt herrscht verschleiern nach wie vor die Rohstoffe der von ihnen Unterdrückten, legen die Gewinne daraus in reichen Ländern an und treiben ihre Länder in die Verschuldung. Die Krise wirft nur ein noch grelleres Schlaglicht auf diese Probleme – und auf unsere Verantwortung.

gastautor@handelsblatt.com